

24. Februar 1971: Informationen des stellv. Vorsitzenden des KGB, V. M. Čebrikov, an das ZK der KPdSU über das vom Auswärtigen Amt in Bonn verfasste Résumé zu den Vier-Mächte-Beratungen über Berlin*

Streng geheim

Im Zusammenhang mit den am 25. und 26. Januar dieses Jahres geführten Verhandlungen zwischen dem Kanzler der BRD, Brandt, und dem Präsidenten Frankreichs, Pompidou, bereitete das westdeutsche Außenministerium für das Dossier Brandts ein Auskunftsschreiben über den gegenwärtigen Stand der Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin vor. Der wesentliche Inhalt dieses Résumé lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Die Taktik der Sowjetunion bei den Verhandlungen bestehe darin, die Bereitschaft der Westmächte, Zugeständnisse einzugehen, maximal auszunutzen und selbst auf minimale Gegenzugeständnisse einzugehen. Einen hohen Stellenwert in der taktischen Linie der UdSSR nähmen Versuche einer Spaltung des Westens ein. Als geeignetes Mittel dafür erachte die Sowjetunion die von der DDR unternommenen Bemühungen, „die Vier-Mächte-Verhandlungen auf die Ebene der innerdeutschen Verhandlungen zu verlagern“. Die sowjetische Seite ziele darauf ab, mit dieser Vorgehensweise Misstrauen seitens der Westmächte gegenüber der BRD zu säen. Die Regierung der Bundesrepublik bringe die Hoffnung zum Ausdruck, dass sich der Westen nicht in die Irre führen lassen möge, weil die Position der BRD in dieser Frage „äußerst klar“ sei und darauf hinauslaufe, dass als Grundlage für jede beliebige Regelung der Frage Berlin die Beibehaltung der Verantwortlichkeit der vier Mächte für den Zugang nach Westberlin dienen solle.

Bei der Erzielung einer Übereinkunft über Berlin „verspüre“ die Regierung der BRD „keine Notwendigkeit zur Eile“. Für sie sei es wichtiger, „gute Ergebnisse zu erzielen“. Die BRD werde unter keinen Bedingungen von ihrer Position abrücken, die darin bestehe, eine zufriedenstellende Regelung der Frage Berlin als eine notwendige Voraussetzung für die Ratifizierung des Moskauer Vertrages zu sehen.

Die weitere Taktik des Westens bei den Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin müsse, nach Meinung der Regierung der BRD, darin bestehen, „der Sowjetunion die Grenzen der Zugeständnisse aufzuzeigen, auf die der Westen eingehen kann“ und die sowjetischen Vertreter davon zu überzeugen, dass die Erzielung einer Übereinkunft über Berlin nur dann möglich sei, wenn die UdSSR ihrerseits „einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der entscheidenden Fragen leistet“.

Die BRD gehe davon aus, dass das gegenwärtige Stadium der Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin einen überaus konkreten Charakter angenommen habe und schon bald die „Phase der intensiven Ausarbeitung von Formulierungen“ beginnen könne. Ihrerseits bringe die Regierung der BRD folgende Wünsche zum Ausdruck:

1. Die Form und der Inhalt eines zukünftigen Vertrages über den Zugang nach Westberlin müssen willkürliche Aktionen der DDR-Behörden auf den Verbindungswegen zwischen Westberlin und der BRD zukünftig ausschließen.

2. Unerlässlich ist die Ausarbeitung einer „positiven Formulierung“ in Bezug auf die bestehenden Verbindungen zwischen Westberlin und der BRD, um der Sowjetunion und der DDR die Möglichkeit zu nehmen, diese Verbindungen in Hinkunft als Druckmittel gegenüber Westberlin und den Westmächten zu nutzen.

3. Auch soll eine positive Regelung der Frage über die außenpolitische Vertretung Westberlins erzielt werden: Dabei denkt man vor allem an eine von der Bundesrepublik auszuübende Wahrung

* RGANI, F. 5, op. 63, d. 622, S. 52–54. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 24. Februar 1971, Nr. 485-G, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 08160, 24. Februar 1971, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-c/7.“

der Interessen der Westberliner im Ausland und an die Ausweitung des Gültigkeitsbereiches der von der BRD abgeschlossenen Verträge für Westberlin.

Die BRD werde auch weiterhin auf der Lösung der aufgezählten Fragen beharren und meine, dass die sowjetische Seite dem Westen entgegenkommen könne und „eine für den Westen annehmbare Lösung dieser Fragen nicht zwangsläufig der prinzipiellen Position des Ostens widersprechen muss“.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov¹

¹ Hs. unterzeichnet.